

Solidargemeinschaft

Füreinander eintreten – ohne Wenn und Aber

Dass wir in einer Solidargemeinschaft leben, das wird uns immer wieder gesagt. In der Politik wird der Begriff der Solidarität häufig benutzt, doch der Kontext entleert den eigentlichen Begriff nicht selten. Arbeitslosen, ohnehin schon am Existenzminimum, wie auch anderen Menschen, die Sozialleistungen beanspruchen, wird vorgeworfen, die Solidargemeinschaft zu missbrauchen.

Das ist weit mehr als nur ein Euphemismus des Vorwurfes, anderen auf der Tasche zu liegen, es ist selbst ein Missbrauch des Begriffs der Solidarität dort, wo das Gegenteil von dieser herrscht.

Solidarität ist etwas, das nur aus tiefer gegenseitiger Überzeugung geschehen kann.

Solidarität, das ist das Eintreten füreinander. Solidarität heißt, sich all seinen Mitmenschen zu verpflichten, als ob sie Freunde wären. Sie kennt keine Grenze, keine Hautfarbe und kein Geschlecht: Sie ist universal und kennt keine Ausnahmen.

Wenn man Solidarität auf diese Weise betrachtet, fällt auf, dass davon aktuell wenig existiert. In unserer Gesellschaft herrscht der Neoliberalismus. Statt eines solidarischen Füreinanders ist alles individualisiert. Konkurrenzdenken und Leistungsdruck nehmen zunehmend mehr Platz ein und stellen sich dort zwischen die Menschen, wo eigentlich das Zwischenmenschliche sein sollte. Eine Gesellschaft, in der alle nur an sich denken, lässt keinen Platz mehr für Solidarität.

Die „Solidargemeinschaft“ ist im Zusammenhang mit staatlichen Sozialleistungen nicht vorhanden, so lange niemand aus voller Überzeugung sozial ist. Wenn Menschen sich darüber empören, dass Solidarität ausgenutzt wird, so sind sie in Wirklichkeit höchst unsozial. Die Realität des Sozialstaates sieht anders aus: Gerade die Menschen, die mit abscheulichen Begriffen wie „Parasit“ oder „Sozialschmarotzer“ diskreditiert werden, sind die, die schon ganz unten stehen, die oft keinerlei Solidarität erfahren. Nach unten treten statt Menschen auszuhelfen ist die Devise des 21. Jahrhunderts, nach Gründen wird gar nicht gefragt, wer keine Mittel hat, muss selbst Schuld sein – das sagt sich einfach, wenn man keine finanziellen Nöte kennt.

Auf der anderen Seite stehen Rattenfänger, die eine vermeintlich solidarische Heimat bieten. In Wirklichkeit profilieren sie sich aber über ihre Herkunft und grenzen alle mit "falscher" Herkunft, Hautfarbe oder Religion aus. Am Ende hat auch das nicht viel mit der Solidarität zu tun, die alle Menschen untereinander verbindet. Es läuft ihr sogar zuwider. Doch auch diese Form der Ausgrenzung scheint zu erstarren.

Es ist vor dem Hintergrund dieses erkalteten Klimas nur verständlich, dass die Sehnsucht danach wächst, nicht nur auf dem Papier in einer solidarischen Gemeinschaft zu leben, sondern diese auch zu erfahren. Menschen, die füreinander eintreten, selbst wenn sie sich nicht kennen, sind eine Rarität, die keine mehr sein sollte. Ein gesellschaftliches Miteinander muss aber keine Utopie sein. Sie kann zur Realität werden, wenn wir lernen, füreinander einzustehen. Nicht, weil wir es müssen, sondern weil wir es wollen. **d**

